

Osterprozessionen verboten

Nicaragua: Schwere Unterdrückung der katholischen Kirche



Daniel Ortega, Präsident von Nicaragua

Quelle: Facebook

Die nicaraguanische Regierung von Präsident Daniel Ortega hat die traditionellen öffentlichen Kreuzwegprozessionen in der diesjährigen Fastenzeit verboten und den katholischen Bischöfen «schwere Verbrechen» vorgeworfen.

Im jüngsten Schritt gegen die katholische Kirche und Regierungsgegner in Nicaragua hat die Regierung von Präsident Daniel Ortega die traditionellen öffentlichen Kreuzwegprozessionen in allen Gemeinden des Landes verboten. Traditionell spielen solche Prozessionen in der «Heiligen Woche» in Lateinamerika eine grosse öffentliche Rolle.

Der Schritt steht im Zusammenhang mit dem verschärften Vorgehen von Präsident Ortega gegen die katholische Kirche im Lande. Seine jüngste Verurteilung des Bischofs Rolando Álvarez von Matagalpa zu 26 Jahren Haft und die Abschiebung von 222 politischen Gegnern in die USA hatte grosse Empörung im Land ausgelöst.

Bedrohung für autoritäre Regierung

Bischof Alvarez wurde unter anderem wegen Hochverrats, Untergrabung der nationalen Integrität und Verbreitung falscher Nachrichten verurteilt; er hatte katholische Radiosender geleitet. Er hätte zusammen mit über 220 politischen Gegnern in die Vereinigten Staaten abgeschoben werden sollen, aber er weigerte sich, das Land zu verlassen. Daraufhin wurde ihm die nicaraguanische Staatsbürgerschaft entzogen und er kam in ein Hochsicherheitsgefängnis.

In seiner Ansprache an die Nation beschuldigte Ortega das Papsttum, den italienischen Diktator Mussolini unterstützt zu haben, und den Vatikan, eine «Mafiaorganisation» zu sein. «Ich glaube nicht an Päpste oder Könige», sagte er.

Wenn schon, dann müssten Päpste und Bischöfe vom Volk und nicht von der «vatikanischen Mafia» gewählt werden. In seiner Rede erwähnte Ortega weder die 222 Exilanten noch die Verurteilung von Bischof Álvarez. Ortega sieht die katholische Kirche als Bedrohung für seine eigene autoritäre Regierung an.

Reaktion auf Erklärung des Papstes

Papst Franziskus hatte am 12. Februar erklärt, er bete für Bischof Álvarez, «für diejenigen, die in die Vereinigten Staaten deportiert wurden, und für alle, die in der geliebten Nation Nicaragua leiden», und schloss sich damit den vielen Solidaritätsbekundungen mit der Kirche in Nicaragua aus der ganzen Welt an.

In den letzten Tagen hat das Nicaraguanische Zentrum für Menschenrechte (Cenidh) die sofortige Freilassung des Bischofs gefordert und erklärt, dass er «zu Unrecht inhaftiert» sei. Das Zentrum kritisierte scharf, dass es seit seiner Inhaftierung im Sicherheitsgefängnis La Modelo keine Nachrichten über ihn gab und keine Familienbesuche erlaubt wurden. Nach Angaben der Organisation ist sein Leben in Gefahr.

Unterstützung der US-Bischöfe für die Kirche in Nicaragua

Nach dem Appell von Papst Franziskus haben auch die US-Bischöfe ihre Solidarität mit der Kirche in Nicaragua bekundet. In einer Erklärung von letzter Woche dankte der Vorsitzende der US-Konferenz der katholischen Bischöfe (USCCB), Erzbischof Timothy P. Broglio, der katholischen Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten für die herzliche Aufnahme der nicaraguanischen Exilanten und forderte die US-Regierung und andere Partner auf, «sich weiterhin für die Freilassung von Bischof Álvarez und die Wiederherstellung der Menschenrechte in Nicaragua einzusetzen».

Auch evangelische Christen leiden unter verstärktem Druck der Regierung. Christliche Schulen und Fernsehsender wurden geschlossen, christliche Organisationen verboten.

Zum Thema:

[Nicaragua in der Krise: Demonstranten beten auf den Knien](#)

[Demographische Verschiebungen: Mittelamerika: Die Mehrheit ist evangelisch](#)

[Nach Verhaftung eines Bischofs: Christen und Journalisten in Nicaragua immer stärker unter Druck](#)

Datum: 03.03.2023

Autor: Reinhold Scharnowski

Quelle: Premier / Übersetzung: Livenet

Tags

[Amerika](#)